

daß auch die Stände bereitwillig Ihm die Hand bieten werden, um das segensreiche Werk zu vollenden. Auf diese Rede könnten die Stände nicht antworten; dieß würde jenen schönen reinen Ausdruck der Gesinnung beschränken und es vielleicht veranlassen, daß man künftig so viel als möglich abmessen und abwägen würde, was nur irgend einen Anstoß und Anlaß zu Mißverständnissen geben könnte. Auf alles Uebrige, was nachher auf verfassungsmäßigem Wege durch den Herrn Staatsminister vom Throne ausgegangen und mitgetheilt worden sei, könne allerdings geantwortet werden. Allein es liege bereits ein gedruckter Bericht vor, der weit reichhaltiger sei und mehr ausführe, als dort geschehen könne. Er habe übrigens unter den Motiven keinen andern Grund gehört, als den guten Eindruck, den eine solche Adresse auf das Volk machen werde. Er gestehe, daß er für solche glänzende Effecte keinen Sinn habe. — Durch treue Pflichterfüllung, freimüthige Sprache, durch sorgfältige Erwägung dessen, was von der hohen Staatsregierung ihnen vorgelegt werde, werde der wahre Effect hervorgebracht werden. Alles Uebrige scheine ihm darauf berechnet zu sein, einen nichtigen Glanz hervorzubringen, der nicht dahin führe, wohin die Stände durch ihre Pflicht zunächst gewiesen würden, nämlich aufrichtige Beachtung der Interessen des Volks. Er stimme daher gegen die Adresse.

Abg. D. R u n d e: Wenn man schon im gewöhnlichen Leben gewohnt sei, zu erwägen, ob das angewendete Mittel mit dem Zwecke im richtigen Verhältnisse stehe, so scheine ihm dieß um so mehr der Fall zu sein, wenn von Maßregeln die Rede sei, wo man Auftrag von Andern habe. — Die Stände seien verantwortlich für Zeit, Kosten und Kräfte, welche ihr Zusammensein koste. Das Mittel, welches hier speciell in Anregung gebracht worden, sei die Adresse. Bekanntlich hätten in andern Staaten die Entwürfe dieser Adressen wochenlang Berathungen in Anspruch genommen. Fasse man aber den Zweck einer Adresse ins Auge, so könne er höchstens vierfach sein. Er könne speciell die Thronrede betreffen. Wenn dieß der Fall sei, so könne er es nur in sofern, daß entweder das Vermessen der von den Ständen gewünschten Gesetze oder das Auffinden der von den Ständen nicht gewünschten Gesetze darin angedeutet werde. Außerdem könne die Adresse nur insofern einen Zweck haben, als während der Zeit von der vorigen Ständerversammlung bis zur jetzigen von Seiten der Verwaltung Maßregeln statt gefunden hätten, die theils mit den frühern ständischen Beschlüssen nicht in Einklang ständen, theils unvollkommen ausgeführt worden; oder endlich, wenn der ganze Geist der Verwaltung ein solcher sein sollte, daß die Stände wünschen müßten, eine Veränderung darin eintreten zu sehen. Geseht nun, es wären in der Thronrede Gesetze vorgeschlagen, welche nicht im Wunsche der Stände liegen sollten, so scheine es überflüssig, einen Antrag oder eine Mißbilligung in der Adresse darüber aufzunehmen. Diese Gesetze seien ja noch nicht von den Ständen genehmigt. Wenn in der Adresse darauf Bedacht genommen werden solle, so würde die nöthige Prüfung voraussetzen, daß eine Debatte darüber statt finde, und da-

durch würde die Debatte anticipirt, welche erst dann stattfinden solle, wenn der Gegenstand von der Deputation an die Kammer gebracht worden sei. In Bezug auf die Gesetze, welche vermißt werden könnten, habe unsere Verfassung schon Bedacht genommen. Sie bestimme, daß die Stände ihre Wünsche anbringen könnten. Ein dritter Wunsch in der Adresse wäre der, wo die Verwaltung in Beziehung auf die Anträge und Beschlüsse der letzten Ständerversammlung etwas gebilligt, oder gethan hätte, was die Stände nicht gebilligt hätten. Allein auch die Maßregeln, welche die Verfassung in dieser Hinsicht getroffen habe, seien bestimmter als das, was eine Adresse geben könne. — Auch über den letzten Punkt, über den wichtigsten, welcher Veranlassung zu einer solchen Adresse geben könnte, nämlich den, wo die Verwaltung so wäre, daß sie zum Wohl des ganzen Landes eine Aenderung nothwendig mache, auch über diesen Punkt könnte man ruhig sein; und dieß sei auch eine solche Frage, die der Antragsteller gewiß nicht im Auge gehabt habe. Er sei nur zu dem Antrage verleitet worden, um, wie er selbst sage, etwas zu thun, was in andern Staaten geschehe. Da sei aber schon von einem andern geehrten Mitgliede sehr richtig darauf geantwortet worden, daß es uns darum zu thun sein müsse, die Eigenthümlichkeit zu erhalten, welche eine der rühmlichsten des vorigen Landtags gewesen sei. Man habe die Klippe vermieden, an der so häufig das gute Einverständnis in andern Staaten gescheitert sei, und man dürfe sich freuen, wenn Adressen dieser Art nie mehr in Anregung kommen sollten, die, was auch darüber gesagt werden möge, nie den Zweck erreichten, und welche mit den Mitteln, welche dazu aufgewendet würden, nicht im Einklange ständen. Dieß seien die Gründe, warum er den Antrag nicht unterstütze, und warum er demselben seine Zustimmung nicht geben könne. Er betrachte die Adresse für nichts anders als ein Blänkergefecht, wo viel Pulver verschossen und wenig ausgemacht werde, und was zu Nichts führe, als die glückliche Uebereinstimmung zwischen Regierung und Ständen zu stören.

Abg. H a r t e n s t e i n: Es beruhe allerdings auf dem guten Rechte der Kammern constitutioneller Staaten, daß eine Adresse auf die Thronrede von der betreffenden Kammer erlassen werde, und man habe mit Dank zu erkennen, daß der Abgeordnete v. Dieskau auf dieses Recht aufmerksam gemacht habe, damit man sich dieses Rechts bei besonders geeigneten Fällen nicht begeben. In Frankreich und England hätten Adressen vorzüglich die auswärtigen Angelegenheiten zum Gegenstande, welcher Fall aber in Sachsen, wenigstens jetzt nicht vorliege, weil Sachsen, Gottlob! mit aller Welt in Frieden lebe. Se. Majestät, unser Allerverehrtester König, habe in Seiner Thronrede verheißt, mit den Abgeordneten des Landes auf dem Grunde fortzubauen, den der Höchstselige König Anton mit den getreuen Ständen Seines Volks gelegt habe. Ein fürstliches Wort sei ein heiliges Wort! Der Dank dafür, so wie für Alles das, was man hoffe und erwarte, sei schon bei der Eröffnungsfeier von dem Präsidenten der I. Kammer würdig ausgesprochen worden. Viele beim